

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Roland Claus, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Steffen Bockhahn, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Jens Petermann, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 17/10200, 17/10202, 17/10812, 17/10823, 17/10824, 17/10825 –**

**Entwurf eines Gesetzes  
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013  
(Haushaltsgesetz 2013)**

**hier: Einzelplan 12  
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und  
Stadtentwicklung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Mittel zur Entlastung der Wohnungsunternehmen nach der Verordnung zum Altschuldenhilfe-Gesetz einschließlich der aufgelaufenen Ausgabenreste effizient für die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem, altersgerechtem und klimagerechtem Wohnraum durch kommunale Wohnungsunternehmen einzusetzen und gegebenenfalls nicht verausgabte Mittel in das Folgejahr zu übertragen.

Berlin, den 19. November 2012

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

### **Begründung**

Nach vorliegenden Berechnungen werden die Mittel aus den mehrjährigen Maßnahmen dieser Titelgruppe, die mit insgesamt 1,113 254 Mrd. Euro in die Bundeshaushalte bis 2013 eingestellt waren, nicht vollständig ausgeschöpft. Die nicht abgerufenen Mittel werden sich voraussichtlich auf 75 Mio. Euro summieren.

Das ist jedoch nicht mit fehlendem Bedarf in den Bundesländern begründet, sondern liegt an der grundsätzlich ungeklärten Altschuldenproblematik.

Für die dringend erforderliche Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem, altersgerechtem und klimagerechtem Wohnraum durch kommunale Wohnungsunternehmen ist die Altschuldenhilfe mindestens in dem geplanten Umfang weiterhin erforderlich.

Eine ersatzlose Streichung der Mittel und eine Vereinnahmung für den Bundeshaushalt würden auch den Vorgaben des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und FDP von 2009 zur Altschuldenhilfe widersprechen.